



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Dispositionszinsen gesetzlich begrenzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine gesetzlich verankerte Deckelung der Zinssätze auf Dispositionskredite einzusetzen. Der Zinssatz für vereinbarte Kontoüberziehungen soll maximal sechs Prozentpunkte über einem festzulegenden Basiszinssatz betragen dürfen. Zusätzliche Zinsen für die geduldete Überziehung des vereinbarten Disporahmens sollen nicht mehr verlangt werden dürfen.

#### **Begründung**

Dispositionskredite sind ein etabliertes Angebot im Rahmen von Girokonten, die es Verbraucher\*innen ermöglichen, kurzfristig das Konto zu überziehen und so auch unvorhergesehene Situationen finanziell zu überbrücken. Jedoch können sie auch dauerhaft zur Schuldenfalle werden, wenn eine Rückzahlung aufgrund der wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Kontoinhaber\*in nicht mehr möglich ist. Die teils erheblichen Zinssätze verstärken die Lage für die Betroffenen zusätzlich. Zudem sind die Folgekosten nur selten transparent ermittelbar. Hinzu kommt, dass für eine weitere Überziehung des vereinbarten Disporahmens häufig Zusatzzinsen anfallen, über die das Kreditinstitut nicht sofort aktiv informieren muss.

Schon durch die Folgen der Corona-Pandemie ist für viele Verbraucher\*innen die Gefahr der Überschuldung gewachsen. Angesichts der Energiekrise, die durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine ausgelöst worden ist, steigen derzeit die Lebenshaltungskosten in nie gekannter Weise. Die hohe Inflation entzieht den Verbraucher\*innen Kaufkraft.

Laut Einschätzung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) werden wegen der deutlichen Preissteigerung perspektivisch bis zu 60 Prozent der deutschen Haushalte ihre gesamten verfügbaren Einkünfte – oder mehr – monatlich

für die reine Lebenshaltung einsetzen müssen. Die angespannte Lage zeigt sich bereits bei der Überziehung des Girokontos. Wer den sogenannten Dispositionskredit nutzt, um kurzfristige Engpässe zu überbrücken, der schöpft den Rahmen im Durchschnitt inzwischen deutlich weiter aus.

Inzwischen hat die EZB zur Inflationsbekämpfung den Leitzins mehrfach erhöht. Damit steigen die Refinanzierungskosten der Banken und absehbar auch die Zinsen der Kreditkund\*innen.

Es bedarf daher dringend einer gesetzlichen Regulierung der Zinssätze für Dispositionskredite.

Beate Raudies  
und Fraktion